

Die Befreiung Palästinas in Zeiten von Völkermord und imperialistischem Krieg

Awad Abdelfattah, palestinechronicle.com, 10.05.26

Die jüngere Generation, insbesondere die am besten ausgebildeten und engagiertesten unter ihnen, wird sich mit diesen Fragen und Herausforderungen, sowie mit den wirksamsten Strategien der Organisation und des Widerstands auseinandersetzen müssen.

Ist es in Zeiten des Völkermords noch sinnvoll, von einer politischen Lösung zu sprechen? Sich eine dekolonisierte Zukunft in Palästina in Form eines einzigen demokratischen Staates vorzustellen und darauf hinzuarbeiten? Ist dies nun ein konzeptioneller Luxus oder eine politische Notwendigkeit – ein Akt des Widerstands an sich? Oder sollten politische Lösungen erst nach der vollständigen Befreiung in Angriff genommen werden? Oder sollten wir uns einfach auf einen rechtsbasierten Diskurs oder Kurs besinnen, indem wir das Apartheid-Konzept heranziehen?

Eine klare politische Vision lenkt nicht von den unmittelbaren Aufgaben ab – sie ist vielmehr eine Voraussetzung für deren Erfolg. In der Vergangenheit stützten sich Befreiungsbewegungen auf klar definierte Ziele, um Unterstützung zu mobilisieren und den Kampf aufrechtzuerhalten. In jedem Fall bleibt das Prinzip der Demokratie nicht verhandelbar. Wir lehnen die Aufrechterhaltung eines rassistischen Kolonialregimes ab.

Was die schmerzhafteste und existenzielle Frage nach einem demokratischen Staat betrifft, in dem alle gleichberechtigt leben können, so ist sie angesichts des anhaltenden, vom Westen unterstützten zionistischen Völkermords in Gaza erneut mit aller Deutlichkeit in den Vordergrund gerückt. In weiten Teilen der palästinensischen Bevölkerung stellt sich die Frage: Ist es moralisch und praktisch möglich, sich eine Koexistenz mit einer Gesellschaft, die Völkermord begeht vorzustellen und zwar innerhalb eines gemeinsamen, freien politischen Rahmens?

Ich muss zugeben, dass auch ich, der ich mich seit den frühen 1980er Jahren für eine demokratische Ein-Staaten-Lösung eingesetzt habe – von der Bewegung *Abnaa al-Balad* (mit Sitz in den 1948 besetzten Gebieten – dem Staat Israel) bis hin zur geografisch übergreifenden *One Democratic State Campaign*, die ich mitbegründet habe –, angesichts des Schocks, den der Völkermord ausgelöst hat, doch innegehalten habe. Zusammen mit anderen Kolleg:innen habe ich mich gefragt, ob es noch Sinn macht, diesen Kampf fortzusetzen.

Doch nach gründlicher Überlegung sind viele von uns nach wie vor davon überzeugt, dass es sich hierbei nicht nur um eine politische Lösung handelt, sondern um einen Weg, der uns verbindet:

einen langfristigen Prozess des Kampfes und des zivilen Widerstands an der Basis. Diese Überzeugung wurde durch die zunehmende imperiale Aggression in der Region, insbesondere gegen den Iran und den Libanon, nur noch verstärkt. Dieser Artikel zielt nicht darauf ab, sich lediglich theoretisch mit dieser Idee auseinanderzusetzen, sondern sie als praktische Aufgabe und als Akt des Widerstands zu verteidigen.

Das zentrale Ziel des Krieges gegen den Iran ist Palästina

Die derzeitige Phase der Zerstörung in Gaza, die sich beschleunigende gewaltsame Annexion der Westbank, die Verwüstung im Libanon und die sich ausweitende regionale Konfrontation – insbesondere der imperialistische, expansionistische Krieg gegen den Iran – stellen keine voneinander getrennten oder unabhängigen Krisen dar. Sie sind Bestandteile eines einzigen historischen Moments: eines koordinierten Versuchs, die Palästinafrage endgültig zu erledigen und die Möglichkeit einer palästinensischen Selbstbestimmung auszuschließen.

Entgegen der Behauptung, Palästina sei inmitten größerer geopolitischer Konflikte an den Rand gedrängt worden, erleben wir derzeit eine gezielte Neudefinition des palästinensischen Kampfes. Die amerikanisch-israelische Achse führt nicht lediglich Krieg gegen Gaza oder tritt dem Iran als isoliertem Gegner gegenüber; sie verfolgt vielmehr eine umfassende regionale Strategie, die auf eine Neugestaltung des Nahen Ostens abzielt. Diese Strategie zielt darauf ab, die koloniale Vorherrschaft Israels zu festigen, die Normalisierung der Beziehungen zu unterwürfigen und diktatorischen arabischen Regimen voranzutreiben und alle Kräfte zu neutralisieren, die in der Lage sind, diesem Kolonialismus entgegenzutreten. Im Kern steht ein klares Ziel: Palästina von einer zentralen Frage der Entkolonialisierung in ein nebensächliches humanitäres Problem zu verwandeln – überschaubar, zersplittert und letztendlich aufgelöst.

Der Krieg gegen das palästinensische Volk ist ein globaler Krieg, wie er es schon immer war. Die alten westlichen kapitalistischen Imperien haben die palästinensische Tragödie herbeigeführt, indem sie im Rahmen der kolonialen Expansion und auf der Suche nach Ressourcen und Märkten eine europäische Kolonie im Herzen der arabischen Welt errichteten. Bedauerlicherweise unterstützt der imperiale Westen weiterhin das zionistische Völkermordregime und verweigert dem palästinensischen Volk seine legitimen nationalen Rechte. Aus diesem Grund ist die palästinensische Sache mehr denn je zu einer globalen Angelegenheit geworden und hat folglich in den westlichen Ländern die Entstehung der größten weltweiten Solidaritätsbewegung für Palästina in der Geschichte ausgelöst.

In diesem Zusammenhang darf der Krieg gegen den Iran nicht als eine weit entfernte geopolitische Konfrontation verstanden werden, sondern als ein wesentlicher Aspekt des Kampfes um Palästina. Das Ergebnis wird das regionale Kräfteverhältnis maßgeblich beeinflussen und damit auch die Perspektiven der palästinensischen Befreiungsbewegung. Ein geschwächter Iran würde den israeli-

schen Expansionismus wahrscheinlich bestärken, die Normalisierung vorantreiben und die Unterdrückung der Palästinenser:innen verschärfen. Umgekehrt könnte das Scheitern dieses imperialistischen Vorhabens bestehende Machtstrukturen erschüttern und neue Möglichkeiten der Befreiung eröffnen, sowohl für die Palästinenser:innen als auch für die Völker in der gesamten Region und darüber hinaus.

Viele strategische Analysten sind der Ansicht, dass dieses Bündnis aufgrund schwerwiegender Fehleinschätzungen und der Widerstandsfähigkeit der gegnerischen Kräfte an mehreren Fronten zunehmend unter Druck gerät. Wie diese Konfrontation jedoch enden wird – und wie lange sie andauern wird –, bleibt ungewiss. Es ist erwähnenswert, dass Kräfte, die eine gerechtere Weltordnung anstreben, und Völker, die für die Befreiung von Kolonialismus, imperialistischen Kriegen, extremer Ausbeutung und Armut kämpfen, ein großes Interesse an der Niederlage der Aggressoren haben. Die intersektionalen Kämpfe haben an Kraft gewonnen, da es bei ihnen allen um Gerechtigkeit für die Unterdrückten und Ausgebeuteten geht.

Doch so entscheidend die externe Dimension auch sein mag, sie kann die Bewältigung der internen Krise des palästinensischen politischen Projekts nicht ersetzen. Heute sind die Palästinenser nicht nur mit Völkermord und Vertreibung konfrontiert, sondern auch mit einer tiefen Zersplitterung innerhalb ihrer nationalen Bewegung und einem Mangel an strategischer Klarheit. Die Bemühungen der letzten zwei Jahrzehnte, das palästinensische politische System zu reformieren, die Palästinensische Autonomiebehörde als kolonialen Subunternehmer abzulösen und eine neue Führung mit einer klaren Vision hervorzubringen, haben ihre Ziele nicht erreicht. Der normale Palästinenser fragt sich weiterhin: Wer ist in der Lage, die legendäre Standhaftigkeit des Volkes – insbesondere im Gazastreifen – und die zunehmende internationale Isolation Israels in einen bedeutenden politischen Erfolg umzusetzen?

Zwischen Anti-Apartheid-Strategie und Ein-Staaten-Vision

Im Zentrum dieser Krise steht eine ungelöste Debatte unter den palästinensischen Eliten und politischen Akteuren: Welcher Weg könnte dazu beitragen, die palästinensische Nationalbewegung neu zu strukturieren und zu vereinen und den Befreiungskampf angesichts des Zusammenbruchs der Zwei-Staaten-Illusion, des Völkermordkriegs im Gazastreifen, der sich beschleunigenden Annexion der Westbank, der immer weiter eskalierenden Unterdrückung der Palästinenser:innen im Staat Israel selbst und des sich ausweitenden imperialistischen Krieges in der gesamten Region zu lenken?

Es gibt verschiedene Ansätze, doch zwei davon haben sich durchgesetzt. Der erste Ansatz betrachtet den palästinensischen Kampf im Rahmen eines Anti-Apartheid-Paradigmas und betont die Gleichberechtigung innerhalb einer reformierten politischen Struktur, oft ohne die Frage der Souveränität oder der Entkolonialisierung vollständig zu klären. Im Grunde handelt es sich eher um

eine Strategie des Widerstands als um eine umfassende Lösung. Dennoch hat dieser Ansatz in internationalen Unterstützerkreisen an Bedeutung gewonnen, insbesondere durch die Heranziehung von Menschenrechten und rechtlicher Rechenschaftspflicht. Er stellt zudem den Bereich dar, in dem unter den Palästinenser:innen der größte Konsens herrscht, was ihm angesichts der ungelösten Frage der Vertretung praktische Bedeutung verleiht. Allerdings besteht die Gefahr, dass der palästinensische Kampf dadurch auf eine Bürgerrechtsfrage innerhalb einer anhaltenden kolonialen Siedlungsrealität reduziert wird. Dies schmälert keineswegs die entscheidende Rolle, die die BDS-Bewegung im zivilen Kampf zur Aufdeckung und Isolierung des Apartheidstaates spielt. Sie hat sich weltweit als wirksame Strategie erwiesen.

Innerhalb dieses Lagers, das sich unter einem gemeinsamen Slogan – „Nieder mit der Apartheid“ – versammelt, gibt es keine einheitliche politische Vision, was viele eher als Stärke denn als Schwäche betrachten. Die Positionen reichen von der Unterstützung einer Zwei-Staaten-Lösung über die Forderung nach einem Ein-Staaten-Modell bis hin zu Forderungen nach vollständiger Befreiung, ohne dabei einen endgültigen politischen Rahmen zu spezifizieren. Insbesondere führende Intellektuelle, die mit der BDS-Bewegung in Verbindung stehen, wie Omar Barghouti, Haidar Eid, Ali Abunimah und Ramzy Baroud, haben sich ausführlich für eine demokratische Ein-Staaten-Lösung ausgesprochen, auch wenn sie diese Ansichten als persönliche Standpunkte und nicht als offizielle Politik der Bewegung darstellten.

Der zweite Ansatz vertritt die Vision einer demokratischen Ein-Staaten-Lösung für das gesamte historische Palästina. Diese Perspektive betrachtet den Konflikt als einen klassischen Fall von Siedlerkolonialismus, aus dem die Apartheid hervorgegangen ist, und fordert einen umfassenden Entkolonialisierungsprozess: den Abbau zionistischer Strukturen, die Ermöglichung der Rückkehr von Flüchtlingen und den Wiederaufbau der politischen Gemeinschaft auf der Grundlage von Gleichheit, Gerechtigkeit und gemeinsamer Staatsbürgerschaft. Es handelt sich nicht bloß um einen Verfassungsvorschlag, sondern um ein Umgestaltungsprojekt, das das Wesen der politischen Ordnung neu definiert.

Diese Idee ist nicht neu. Sie stand in den 1960er und frühen 1970er Jahren im Mittelpunkt der palästinensischen Befreiungsbewegung, bevor sie von der durch Oslo ausgelösten Illusion einer Teilung in den Hintergrund gedrängt wurde. Heute scheint sich der Kreis der Geschichte geschlossen zu haben. Der Zusammenbruch des Zwei-Staaten-Konzepts, das lange Zeit als diplomatische Fiktion aufrechterhalten wurde, hat die Frage nach dem wahren Wesen des Konflikts als einem Konflikt des Siedlerkolonialismus wieder aufgeworfen und damit auch die Perspektive einer vollständigen Befreiung in einem einzigen demokratischen Staat vom Fluss bis zum Meer.

Historisch gesehen war diese Vision nicht spaltend, sondern einigend. Sie bot einen gemeinsamen politischen Rahmen für Palästinenser:innen aller Regionen, einschließlich jener, die innerhalb der Grenzen von 1948 verblieben sind und deren nationale und bürgerliche Rechte von den traditionel-

len regionalen und internationalen Akteuren ausgeklammert werden. Heute stehen die Befürworter:innen dieser Idee jedoch vor einer entscheidenden Herausforderung: die Umwandlung in eine organisierte, basisdemokratische politische Kraft. Es werden bereits Anstrengungen unternommen, um dieser Herausforderung zu begegnen. In diesem Zusammenhang arbeiten Initiativen wie die *One Democratic State Campaign (ODSC)* und die neue *One Democratic State Initiative (ODSI)* daran, eine breite Koalition aufzubauen, der Palästinenser:innen, antikoloniale Israelis und internationale Verbündete angehören.

Die Spannung zwischen diesen Ansätzen ist nicht nur theoretischer Natur – sie spiegelt tiefgreifendere Fragen nach dem Sinn der Befreiung selbst wider. Ist es das Ziel, ein ungerechtes System zu reformieren, oder es abzubauen und zu ersetzen? Geht es bei diesem Kampf um Rechte innerhalb bestehender Strukturen oder darum, die politischen und moralischen Grundlagen des Landes neu zu definieren? Meiner Meinung nach könnten diese beiden Ansätze sich gegenseitig ergänzen, anstatt miteinander zu kollidieren.

Eine weitere Herausforderung für die Befürworter einer Ein-Staaten-Lösung ist jedoch das Aufkommen einer Reihe vielversprechender Eliten und Aktivist:innen – vor allem aus der jüngeren palästinensischen Generation im Westen –, die die Parole der vollständigen Befreiung hochhalten, ohne eine konkrete politische Lösung zu benennen. Dies ist keine organisierte Strömung, und sie könnte ein Hindernis für die Entwicklung einer einheitlichen, klaren Vision der Befreiung und einer Basisbewegung mit einem klar definierten politischen Programm darstellen, das mit den universellen Werten der Befreiung, Gerechtigkeit und Gleichheit im Einklang steht, für die sich die wachsende globale Solidaritätsbewegung einsetzt.

Angesichts des anhaltenden Völkermords in Gaza und der Ausweitung imperialistischer Gewalt in der gesamten Region haben diese Debatten noch an Dringlichkeit gewonnen. In einem solchen Moment stellt sich eine schmerzhafteste Frage: Können Palästinenser:innen ernsthaft über eine gemeinsame demokratische Zukunft mit jenen sprechen, die Völkermord an ihnen begehen?

Diese Frage kann nicht einfach ignoriert werden. Sie spiegelt einen tiefgreifenden moralischen Bruch wider. Für viele macht das Ausmaß der zionistischen und amerikanischen Gewalt und Entmenschlichung die Vorstellung einer Koexistenz nicht nur fern, sondern unvorstellbar. Doch die Frage einfach beiseite zu lassen, birgt seine eigenen Gefahren. Eine politische Vision aufzugeben bedeutet, die von der herrschenden Macht auferlegten Bedingungen zu akzeptieren. Ohne einen klaren Horizont läuft der Kampf Gefahr, auf reaktiven Widerstand, vereinzelte Bemühungen oder humanitäre Appelle reduziert zu werden. Selbst der heldenhafteste Widerstand kann ohne ein klares politisches Ziel eingedämmt oder zunichte gemacht werden.

Aus diesem Grund muss die Vision eines demokratischen Ein-Staaten-Modells neu formuliert werden – nicht als Sofortlösung oder naiver Aufruf zur Koexistenz, sondern als langfristiger strategi-

scher Horizont. Ihre Bedeutung liegt nicht in ihrer kurzfristigen Durchführbarkeit, sondern in ihrer Fähigkeit, den Kampf in einem kohärenten Rahmen aus Dekolonialisierung, Gerechtigkeit und Gleichheit zu verankern.

Klarheit ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit

Dieses Projekt muss als vielschichtiger Prozess verstanden werden: der Abbau kolonialer Strukturen, die Auseinandersetzung mit der zionistischen Ideologie, die Ermöglichung der Rückkehr von Flüchtlingen und der Aufbau inklusiver demokratischer Institutionen. Er muss sich zudem klar, sowohl vom derzeitigen zionistischen System, als auch von autoritären Modellen in der arabischen Welt abgrenzen. Das Ziel ist nicht bloß ein Staat, sondern ein wahrhaft demokratischer Staat – gegründet auf Gleichheit, Vielfalt und Rechenschaftspflicht. Dieser Staat sollte Teil einer befreiten und demokratischen arabischen Welt sein.

In jedem Fall bleibt das Prinzip der Demokratie nicht verhandelbar. Wir lehnen die Aufrechterhaltung eines rassistischen Kolonialregimes ab. Wir lehnen politische Modelle ab, die auf Korruption oder Abhängigkeit beruhen. Und wir lehnen autoritäre Systeme ab, die ihre eigene Bevölkerung unterdrücken.

Gleichzeitig ist der Wiederaufbau der palästinensischen Nationalbewegung von entscheidender Bedeutung. Das Fehlen einer einheitlichen, repräsentativen Führung bleibt ein zentrales Hindernis. Dies erfordert nicht nur institutionelle Reformen, sondern auch ein Umdenken in Bezug auf Prioritäten, die Einbeziehung von Akteuren an der Basis und aus der Diaspora sowie die Entwicklung eines neuen Befreiungsprogramms. Dabei kann die Ein-Staaten-Vision als verbindender Rahmen dienen.

Eine klare politische Vision lenkt nicht von den unmittelbaren Aufgaben ab – sie ist vielmehr eine Voraussetzung für deren Erfolg. In der Vergangenheit stützten sich Befreiungsbewegungen auf klar definierte Ziele, um Unterstützung zu mobilisieren und den Kampf aufrechtzuerhalten.

Heute stehen die Palästinenser:innen vor einer Vielzahl gleichzeitiger Herausforderungen: Sie müssen sich gegen anhaltende genozidale Gewalt wehren, eine humanitäre Katastrophe bewältigen, politische Strukturen wiederaufbauen und eine langfristige Vision formulieren. Dies sind keine voneinander getrennten Aufgaben, sondern sie sind miteinander verflochten.

Die regionale Dimension sorgt für zusätzliche Komplexität. Der Ausgang der Konfrontation mit dem Iran wird das weitere Umfeld prägen. Doch unabhängig davon bleibt die grundlegende Frage bestehen: Für welche politische Zukunft kämpfen die Palästinenser:innen? Die Antwort kann nicht aufgeschoben werden. Das demokratische Ein-Staaten-Projekt muss als eine von den Palästinenser:innen selbst getragene Vision bekräftigt werden, die in historischen Erfahrungen und kollektiven Bestrebungen verwurzelt ist. Seine Stärke liegt darin, Orientierung und Zusammenhalt zu

bieten. In Zeiten von Völkermord und Krieg mag dies in weiter Ferne liegen. Doch Krisenzeiten bergen auch den Keim für einen Wandel in sich. Die Herausforderung besteht darin, sicherzustellen, dass die Palästinenser:innen am Ende dieser Phase nicht ohne Zukunftsvorstellung, Strategie oder politischen Horizont dastehen.

Beim Kampf um Palästina ging es nie nur ums Überleben. Es geht um eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt. An der Vorstellung eines befreiten, demokratischen Palästinas festzuhalten, ist keine theoretische Angelegenheit – es ist ein Akt des Widerstands.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Unterstützung einer Ein-Staaten-Lösung nicht bedeutet, dass alle Fragen dazu, wie dieses Ziel erreicht werden kann und wie genau diese Zukunft aussehen wird, geklärt sind. Einige dieser Fragen – seien sie nun schon seit langem bekannt oder erst neu aufgetaucht – werden von der sich wandelnden Dynamik des Kolonialkonflikts, des Widerstands und der internen palästinensischen Auseinandersetzungen geprägt sein.

Die jüngere Generation, insbesondere die am besten ausgebildeten und engagiertesten unter ihnen, wird sich mit diesen Fragen und Herausforderungen, sowie mit den wirksamsten Strategien der Organisation und des Widerstands auseinandersetzen müssen. In der Zwischenzeit besteht der wichtigste Beitrag der aktuellen ODS-Initiativen darin, die Grundlagen für die nächste Phase zu schaffen.

Awad Abdelfattah ist politischer Autor und ehemaliger Generalsekretär der Balad-Partei. Er ist Koordinator der Ende 2017 gegründeten Kampagne „One Democratic State“ mit Sitz in Haifa.

Quelle: <https://www.palestinechronicle.com/palestinian-liberation-in-a-time-of-genocide-and-imperial-war/>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de